

## Teil 1 der Presseschau vom 22.05.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news und novorosinform sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform) und andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

## Abends/nachts

Rusvesna.su: Im Gebiet Schirokino finden weiterhin Kämpfe statt, ein Kämpfer des Regiments "Asow" wurde verwundet.

Von 17.00 bis 19.00 Uhr wurden bei den Kämpfen in Schirokino Mörser des Kalibers 120 verwendet. Vollständig zerstört wurde eine Reihe von Gebäuden im Dorf an der Frontlinie durch die ukrainischen Besatzungstruppen.

Bei Einbruch der Nacht donnerten in der Ortschaft Haubitzen.

Der Pressedienst der Verwaltung des Bestraferregiments "Asow" berichtet, dass am Abend einer ihrer Kämpfer verwundet wurde.

Dnr-online.ru: Erklärung des Außenministeriums der DVR bezüglich der Annahme eines Beschlusses durch die Oberste Rada der Ukraine über die Abweichung von der Beachtung der Menschenrechte auf dem Territorium des Donbass

Die Annahme des Beschlusses "Über die Abweichung der Ukraine von bestimmten Verpflichtungen, die durch den internationalen Vertrag über Bürgerrechte und politische Recht und die Konvention über die Verteidigung der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten bestimmt sind" durch die Oberste Rada der Ukraine ist eine direkte, im höchsten Maße zynische Verletzung aller existierenden Normen und Prinzipien des internationalen Rechts, die die Ukraine verpflichtet ist einzuhalten.

Geleitet von speziellen Beweggründen und politischer Zweckmäßigkeit erlaubt sich das offizielle Kiews willkürlich "nicht genehme" internationale Dokumente von der Liste der zu erfüllenden Verpflichtungen auszuschließen und rechnet wohl darauf, dass auch dieses Mal

alle das durchgehen lassen.

Das Außenministerium ruft die internationale Gemeinschaft und zuständige internationale rechtliche Instanzen auf, sofort eine rechtliche Bewertung dieser Handlungen abzugeben. Wir möchten die ukrainische Führung auch daran erinnern, dass Angriffe auf und willkürliche Manipulationen mit internationalem Recht ein erster Schritt zur Selbstisolation sind, zur Erlangung des Status eines "Ausgestoßenen" und den Staat zum Zerfall führen.

Rusvesna.su: In der Nacht des 22. Mai begann die ukrainische Armee den Beschuss des Dorfes Wesjolaja Gora bei Lugansk.

Die Granaten kommen vom Ort Stschastje, das von ukrainischen Besatzungstruppen kontrolliert wird.

Auch feuerten die Okkupanten aus Kleinwaffen, Panzern und Granatwerfern. Als Reaktion eröffneten die Kräfte der Volksmiliz der LVR das Feuer mit Kleinwaffen. Der Beschuss wird fortgesetzt.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\_wm/public/ato\_110.jpg?itok=AJah0Wr-

Dan-news.info: Die Absage Kiews an das sowjetische Erbe nimmt ihm das Recht auf viele Territorien, die zur Zeit der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik zur Republik gehörten. Diese Auffassung vertrat heute das Mitglied der Leitung der Fraktion Sowbodnyj Donbass des Volkssowjets der DVR Miroslaw Rudenko in einem Kommentar zum Inkrafttreten des ukrainischen Gesetzes über die Dekommunisierung.

"Die heutige Ukraine kann keinen Anspruch auf eine ganze Reihe von Territorien erheben, die es als seine betrachtet. Weder zu der Ukrainischen Volksrepublik, noch zum Hetmanat von Skoropadskij, noch zum eintägigen "Staat", der von den Anhängern Banderas in Lwow im Juni 1941 ausgerufen wurde, gehörte die Donezko-Kriworoshskaja Republik, die Odessaer Sowjetrepublik, die Republik Tawrida. Mehr noch, zu diesen vergänglichen "ukrainischen" Bildungen gehörten auch Territorien des heutigen Galitschina, Bukowina, Sakarpatien nicht", sagte der Abgeordnete der DVR.

Rudenko erinnerte im Zusammenhang damit daran, dass der Volkssowjet ein Memorandum über die historische Kontinuität des Staates zur Donezko-Kriworoshskaja Sowjetrepublik verabschiedet hat. "Dies gibt uns ein feste Fundament für die Verteidigung unserer prinzipiellen Positionen in den weiteren Beziehungen mit dem Staat Ukraine", schloss Rudenko.

Skpkpss.ru: Am 20. Mai schickten die Kommunisten aus Moskau und Umgebung von der Moskauer Lenin-Sowchose aus den 36. regulären humanitären Konvoi für die Einwohner von

Donezk und Lugansk auf die Reise...



http://skpkpss.ru/wp-content/uploads/2186.jpg

## **Vormittags:**

Lug-info.com: Die ukrainischen Truppen haben am Morgen des 22. Mai ohne Erklärung der Gründe den Fußgängerüberweg über die Brücke bei Staniza-Luganskaja blockiert, von beiden Seiten haben sich 8 Uhr mehr als tausend Menschen angesammelt.

Der Pressedienst der Volksmiliz der LVR teilte mit, dass in diesen Minuten Vertreter der OSZE an den Ort fahren.

Auf der Seite, die von den Kiewer Truppen kontrolliert wird, haben Soldaten einige Versuche unternommen die Menschen auseinander zu jagen. Wie Augenzeugen berichteten, schießen die Soldaten regelmäßig über die Köpfe der Einwohner.

"Die Ukrops lassen seit dem Morgen keinen Menschen durch. Es haben sich schon mehr als 1000 gesammelt. Sie stehen auf beiden Seite des Übergangs. Die Ukrops versuchen die Menschen auseinander zu jagen. Sie schießen über die Köpfe hinweg", erklärte ein Kämpfer der 1. einzelnen Kosakenhundertschaft des Bezirks Staniza-Luganskaja Dmitrij "Fantom". Wie der sich vor Ort befindliche Kommandeur der Aufklärungstruppe der 1. einzelnen Kosakenhundertschaft des Bezirks Staniza-Luganskaja Wiktor Pleschakow sagte, haben in der Nacht auf den 22. Mai die Kiewer Truppen wieder auf die Positionen der Volksmiliz gefeuert.

Die Brücke über den Sewerskij Donez ist zur Zeit der einzige Passierpunkt für die Einwohner von Staniza Luganskaja, wo bis zum Krieg etwa 15.000 Menschen lebten. Für die Einwohner von Staniza, das sich zur Zeit unter Kontrolle der ukrainischen Seite befindet, ist die Brücke eine lebenswichtige Transportader, die die Ortschaft mit Lugansk verbindet, wo viele Einwohner arbeiten und wo Mitglieder ihrer Familien arbeiten. Die landwirtschaftlichen Produkte, einschließlich Treibhauswirtschaft des privaten Sektors von Staniza Luganskaja

spielt eine ganz wichtige Rolle bei der Absicherung der Bevölkerung von Lugansk mit Lebensmitteln.

Rusvesna.su: Das Internationale Rote Kreuz hat die Ukraine beschuldigt, die Auslieferung humanitärer Versorgung des Donbass zu blockieren.

Komplizierte Verwaltungsverfahren und Beschränkungen für den Transport von Gütern in den Donbass behindern die Auslieferung der humanitären Hilfe des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), im Osten der Ukraine. In einem Interview mit der Zeitung "Kommersant" sagte dies der IKRK-Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Loran Korba.

"Ungehinderten Zugangs für humanitäre Güter durch das Gebiet der Ukraine haben wir nicht immer aufgrund der komplizierten Verwaltungsverfahren und Beschränkungen für die Konvois, die in die Konfliktzone fahren. Die Aufhebung dieser Einschränkungen würde die Bereitstellung von Hilfe für den Donbass erheblich beschleunigen ", sagte Korba.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\_wm/public/krasnyy\_krest\_2.jpg?itok=uYNHoZL

Dan-news.info: Ein Wohnhaus in Donezk wurde in der Folge des nächtlichen Beschusses der Stadt durch ukrainische Truppen beschädigt, teilte die Verwaltung der Hauptstadt der DVR mit.

"In der Nacht auf den 22. Mai wurde durch den Treffer eines explosiven Objekts ein Haus in der Frunse-Straße im Kujbyschewskij-Bezirk beschädigt", erklärte das Bürgermeisteramt. Dort teilte man auch mit, dass gegen Morgen die Beschüsse beendet wurden, die Situation in der Stadt ist ruhig.

Informationen über Verletzte durch die Beschüsse sind bisher nicht eingegangen.

De.sputniknews.com: Dem finnischen Premier Alexander Stubb zufolge wird die Krim-Frage im Abschlussdokument des EU-Partnerschaftsgipfels in Riga auf jeden Fall erwähnt. "Wir erörtern diese Frage. Es ist nicht möglich, zu dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft zu kommen und diesem Thema auszuweichen", sagte er am Freitag vor Journalisten.

"Zugleich müssen wir uns alle dessen bewusst sein, dass die Östliche Partnerschaft nicht gegen jemanden gerichtet ist. Im Abschlussdokument wird natürlich etwas über die Halbinsel Krim gesagt (…) Wir wollen aber auch über praktische Fragen reden", betonte er. In der lettischen Hauptstadt Riga war am Donnerstagabend ein zweitägiger Gipfel der Europäischen Union mit den Mitgliedern ihrer Östlichen Partnerschaft begonnen worden. Die Östliche Partnerschaft fördert seit Mai 2009 die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen mit den Partnerländern Aserbaidschan, Armenien, Belarus, Georgien, Ukraine und Moldau und unterstützt zugleich deren politische und sozioökonomische Reformen.

Dan-news.info: "In den letzten 24 Stunden wurden 52 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt", teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit. Nach Angaben des Ministeriums wurden zweimal reaktive Geschosse verwendet, 13 mal Artillerie, sieben mal Panzerwaffen. Weiterhin wurde mit Granatwerfern, Antipanzerraketen und anderen Schusswaffen geschossen. Beschossen wurden Gorlowka, Schirokino, Jasinowataja, der Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk, der Bereich des Donezker Flughafen, das Oktjabrskaja-Bergwerk, Spartak, Oserjanowka, Kalinowka, Schirokaja Balka.

Angaben über Verluste bei den Streitkräften der DVR und der Zivilbevölkerungen werden noch geprüft.

Rusvesna.su: Westliche Rechtsschützer müssen feststellen, dass der "Rechte Sektor" gefangene foltert. Dies sagte der Vertreter von Amnesty International in einer Pressekonferenz.

Der "Rechte Sektor" (eine in Russland verbotene extremistische Organisation), der in der Region Dnepropetrovsk basiert, gesteht die Misshandlung von Gefangenen. Dies sagte der Vertreter von Amnesty International in der Ukraine Denis Krivosheev in der Pressekonferenz...

Lug-info.com: Die ukrainischen Truppen haben in der Nacht auf den 22. Mai fünf mal das Regime der Feuereinstellung verletzt, sie haben das erste Mal seit drei Monaten, seit der Einführung des "Regimes der Ruhe", Lugansk beschossen. Dies teilte heute ein offizieller Vertreter der Volksmiliz der LVR mit.

Geschossen wurde mit gepanzerter Militärtechnik, Panzerwaffen, Granatwerfern. "So wurde gestern Abend, wahrscheinlich von der Diversions- und Erkundungsgruppe der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Dsershinskij Granatfeuer auf ein Gebiet, das zur Lugansker nationalen Landwirtschaftsuniversität gehört."

Am Abend wurde auch zweimal der Checkpoint der Volksmiliz bei Stainiza Luganskaja mit gepanzerter Militärtechnik und Granatwerfern beschossen. Auch Wesjolaja Gora wurde zweimal beschossen.

Tote und Verletzte gibt es durch den Beschuss nicht.

Dan-news.info: Der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Andrej Purgin wird heute an den Verhandlungen zur friedlichen Regelung in Minsk teilnehmen, heißt es im Pressedienst des Parlaments.

"Der Vorsitzende des Volkssowjets Andrej Purgin nimmt an den Minsker Verhandlungen teil." Die Rolle Puschilins im Verhandlungsprozess wurde nicht genauer erläutert. Heute finden in Minsk Verhandlungen der Unterarbeitsgruppe zu politischen Fragen und der

Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung statt. Die Delegation der DVR wird vom stellvertretenden Sprecher des Volkssowjets Denis Puschilin geleitet.

De.sputniknews.com: Russische Diplomaten haben noch keine Genehmigung von Kiew bekommen, die beiden Bürger Russlands zu besuchen, die vom ukrainischen Militär in der Volksrepublik Lugansk festgenommen wurden und sich in einem Krankenhaus befinden, wie Andrej Worobjow, Berater der russischen Botschaft in Kiew, am Donnerstag RIA Novosti mitteilte.

Nach seinen Worten sind die Diplomaten bereit, die festgenommenen Russen Alexander Alexandrow und Jewgeni Jerofejew jederzeit zu besuchen, aber eine entsprechende Genehmigung fehle noch.

"Bereits seit drei Tagen warten wir auf eine Genehmigung der ukrainischen Seite für einen Besuch der im Gebiet Lugansk festgenommenen Jewgeni Jerofejew und Alexander Alexandrow durch Mitarbeiter des Konsulats. Trotz aller Bemühungen der Botschaft liegt die Besuchserlaubnis immer noch nicht vor", heißt es aus dem Pressedienst der russischen Botschaft.

Auch die OSZE-Beobachtungsmission habe versprochen, zur Lösung dieses Problems beizutragen. Wie der Pressedienst der russischen Botschaft am Donnerstag mitteilte, hatten OSZE-Beobachter am Vortag die Festgenommenen besucht. Dabei wurde die Hoffnung geäußert, dass die ukrainische Seite die Position der OSZE berücksichtigen würde. Der Stabschef der Volksmilizen der selbsterklärten Lugansker Republik, Sergej Koslow, hatte am vergangenen Sonntag mitgeteilt, dass Kiew-treue Kräfte zwei Volkswehrmitglieder auf dem Territorium der Volksrepublik gefangengenommen haben. Nach Behauptung des ukrainischen Militärs sind die Festgenommenen russische Soldaten.

Wie das russische Verteidigungsministerium am Dienstag erklärte, hatten sich die Russen Alexander Aleksandrow und Jewgeni Jerofejew zum Zeitpunkt ihrer Festnahme am 17. Mai nicht im aktiven Dienst der russischen Streitkräfte befunden.

Dnr-online.ru: Der Vorsitzende des Volkssowjets Andrei Purgin erklärte heute, dass die Regierung der DVR es begrüßen wird, wenn die OSZE-Mission die Verwendung von Phosphor-Munition auf dem Territorium des Donbass untersucht. Am 21. Mai hatten die ukrainischen Truppen erklärt, dass angeblich die Ortschaft Peski mit Brandgeschossen beschossen wurde. Heute bittet die Kiewer Regierung die OSZE die Information über die Verwendung von Phosphormunition im Donbass zu überprüfen. "Wir sind dafür, dass die OSZE kommt und den Ort des Beschusses untersucht, wo angeblich Phosphorgeschosse festgestellt wurden. Aber die Sache liegt darin, dass die OSZE eine Beobachterfunktion hat, als man uns mit Phosphorbandmunition und anderer verbotener Munition beschossen hat, hat die OSZE immer erklärt, dass sie keinen Proben nehmen können und so weiter, das heißt, tatsächlich bittet die Ukraine die OSZE jetzt etwa zu tun, was die die OSZE aufgrund ihres Mandats nicht tun kann", erklärte Purgin. Nach seinen Worten ist die Regierung der DVR dafür, wenn die OSZE "es unternimmt irgendwelche Probe zu nehmen, wenn es irgendeine gemeinsame Kommission gibt". "Wir wären der OSZE dankbar, wenn sie die Phosphormunition feststellen würden, die die Ukraine verwendet, aber leider haben sie das kein einziges Mal getan", sagte er. Der stellvertretende Leiter des Stabs der Milizen der DVR Eduard Basurin teilte seinerseits mit, dass die genannte Erklärung der Ukraine nicht den Tatsachen entspricht. Nach seinen Worten hat Kiew keine Beweise vorgelegt.

## Nachmittags:

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Kiewer Truppen versuchen die Volksmiliz zu Gefechten zu provozieren, um die LVR aus den Minsker Verhandlungen herauszuziehen.

"Die operative Lage in der Verantwortungszone der Volksmiliz in unverändert. Das Regime der Feuereinstellung wird von Seiten der ukrainischen Truppen nicht eingehalten", sagte er. "Der Gegner zeigt weiterhin Kampfbereitschaft, betreibt Technik entlang der Kontaktlinie, versucht uns zur Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu provozieren, um uns dann aus den Reihen der Teilnehmer der Minsker Verhandlungen auszuschließen", sagte Jaschtschenko.

"Ungeachtet der Provokationsversuche beachtet die Volksmiliz die Minsker Vereinbarungen und antwortet nicht auf Provokationen", erklärte der stellvertretende Leiter des Stabs. "Was nicht heißt, dass das auch weiter so sein wird. Wenn es nötig ist, wird es eine adäquate Antwort geben", unterstrich er.

Jaschtschenko erklärte weiter, dass die Kiewer Truppen in der letzten Woche fast 30 mal das Regime der Feuereinstellung verletzt haben, in der Folge wurden vier Soldaten der Volksmiliz verletzt.

Besonders wurden aus Richtung Stschastje Weselaja Gora, Obosnoje beschossen. Daneben hat sich auch die Tätigkeit des Diversions- und Erkundungsgruppen sehr verstärkt.

Die Kiewer Truppen haben unter Verletzung aller internationalen Normen Vertreter der OSZE-Mission beschossen.

Am 20. Mai wurden Vertreter der OSZE-Mission im Bezirk Stschastje beim Versuch des Schichtwechsels an der T-förmigen Kreuzung mit Granatwerfern beschossen.

Lug-info.com: Der heute Morgen von Kiewer Truppen geschlossene einzige funktionierende Passierpunkt von Staniza Luganskaja in die LVR wird geöffnet, wenn heute tagsüber und in der Nacht von beiden Seite keine Beschüsse sein werden. Dies erklärte ein Vertreter der OSZE-Mission nach Verhandlungen mit den ukrainischen Truppen.

Die Vertreter der Beobachtermission teilten auch mit, dass der Passierpunkt heute unter keinen Umständen geöffnet wird.

Der Kommandeur einer Abteilung der Territorialverteidigung der Volksmiliz der LVR mit Codenamen "Ataman" teilte mit, dass er der OSZE-Mission vorgeschlagen habe, sich mit der Frage der Feststellung der Beschüsse des Territoriums der LVR durch die ukrainischen Truppen zu befassen, was zur Zeit durch die Vertreter der Massenmedien geschieht. Die OSZE versprach sich mit diesem Vorschlag zu befassen.

Zu Beginn der Verhandlungen der OSZE-Vertreter mit den ukrainischen Truppen hatten die Kämpfer der Tschernigowsker Spezialabteilung der Politik, die an dem Checkpoint nach Staniza Luganskaja stationiert sind, den Menschen an dem Passierpunkt mitgeteilt, dass der Durchgang bis Montag geschlossen bleiben werde.

De.sputniknews.com: er ukrainische Regierungschef Arsenij Jazenjuk hat zum Auftakt des EU-Ostgipfels in Riga der Europäischen Union zur Fortsetzung der Erweiterungspolitik geraten und um neue Finanzspritzen für sein finanziell schwer angeschlagenes Land

geworben. Nach seinen Worten sollte Russland vor einer starken EU und der Ukraine Angst haben.

"Seid tapfer und weise. Habt keine Angst vor Russland", empfiehl Jazenjuk der EU-Führung nach Angaben der Zeitung The Financial Times. "Das ist Russland, das vor uns allen Angst haben soll." Jazenjuk beschuldigte Russland, "die Welt einschüchtern und die EU spalten" zu wollen. Die EU solle vor dem Wort "Erweiterung" nicht zurückschrecken, so der ukrainische Premier. "Je größer desto stärker sind wir, desto mehr Chancen haben unsere Staaten." Im selben Statement erinnerte der ukrainische Premierminister wieder an die wirtschaftliche Misere seines Landes. Die Ukraine "bettelt nicht" um internationale Spenden, benötige aber mehr Investitionen — sowohl aus privater Hand als auch von Seiten internationaler Finanzinstitutionen.

Jazenjuk mahnte, dass die Ukraine laut ihrem neuen Gesetz die Rückzahlung der Schulden einseitig aussetzen darf. Deshalb sollten die internationalen Gläubiger ihrer "moralischen Pflicht" folgen und zu den Reformen in der Ukraine beitragen. Er verwies darauf, dass Griechenland, das bevölkerungsmäßig deutlich kleiner als die Ukraine ist, 300 Milliarden US-Dollar bekommen habe. "Der Ukraine, die vor unüberwindbaren Problemen steht, wurden zum Vergleich nur 25 Milliarden Dollar zugesagt."

Trotz der Milliardenkredite steuert die Ukraine weiter auf die Staatspleite zu. Die aktuelle Staatsverschuldung der Ukraine wird auf 50 Milliarden US-Dollar geschätzt, was 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht. Die Nationalbank in Kiew erwartet, dass der Schuldenberg noch in diesem Jahr 93 Prozent des BIP erreichen wird. Die Regierung Jazenjuk schlug den Gläubigern vor, die für Kiew "nicht mehr erträgliche" Schuldenlast mitzutragen.

Das Kiewer Parlament verabschiedete in dieser Woche einen Gesetzentwurf, der der Regierung erlaubt, ein Moratorium für die Rückzahlung der fälligen Außenschulden zu verhängen. Wie es aus der Präsidentenpartei "Block Pjotr Poroschenko" hieß, wird die Regierung ein "technisches Default" erklären, sollten die Kreditgeber nicht in eine Umschuldung zu den ukrainischen Bedingungen einwilligen.

Wenn das passieren würde, würde die neue Gesetzeslage die Regierung vor Gerichtsklagen der Gläubiger schützen. Davon wäre vor allem Russland als einer der größten Geldgeber der Ukraine betroffen. Moskau hatte Ende 2013 ukrainische Eurobonds für drei Milliarden US-Dollar gekauft und dadurch die Ukraine damals vor der Staatspleite bewahrt.

Seit die ukrainischen Staatschulden die Grenze von 60 Prozent des BIP überschritten haben, hat Russland eigentlich das Recht, die Rückzahlung der drei Milliarden US-Dollar vorzeitig zu fordern. Davon sah Moskau auf Bitte Kiews und des Internationalen Währungsfonds (IWF) bislang ab. Dennoch will Russland Rechtsmittel einlegen, sollte Kiew die am 20. Juni fällige Ratenzahlung aussetzen.

Dan-news.info: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin gegenüber der Presse (Zusammenfassung mehrerer Meldungen) "Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR stellen weiterhin Verschiebungen von Militärtechnik und Personal der ukrainischen Streitkräfte in Richtung Abgrenzungslinie fest. Es wurde eine Verstärkung der schweren Waffen im Bezirk von Romanowka festgestellt, wo "Osa"-Raketensysteme konzentriert sind, in den Außenbezirken von Marinka wurden verdeckt von den Minsker Vereinbarungen verbotene Grad-Systeme stationiert." Basurin unterstrich, dass diese Tatsachen "von dem Unwillen der ukrainischen Führung

Basurin unterstrich, dass diese Tatsachen "von dem Unwillen der ukrainischen Führung zeugen die Minsker Vereinbarungen einzuhalten".

"Die ukrainischen Truppen wenden reaktive Geschosse am Oktjabrskaja-Bergwerk und im Kujbyschweskij-Bezirk von Donezk an – 16 Schüsse, bei Gorlowka und dem Flughafen von Donezk wurde schwere Artillerie des Kalibers 122 mm und 152 mm verwendet – 49 Schüsse. Intensiv mit Granaten beschossen wurde der Bereich des Flughafens, Schirokino und Spartak – mehr als 240 Schüsse", sagte Basurin.

Verluste bei der Armee der DVR gibt es nicht.

Der stellvertretende Kommandeur unterstrich, dass "die Intensität der Beschüsse gewachsen

ist". Insgesamt sind in den letzten 24 Stunden 52 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von ukrainischer Seite festgestellt worden, "32 davon nachts". Neben der Hauptstadt wurden Kalinowka, Jasinowataja, Schirokaja Balka, Batmanowka, Oserjanowka und Shabunki beschossen.

Dan-news.info: Soziologen der DVR untersuchen weiterhin die gesellschaftliche Meinung und halten Bewertungen von Schlüsselereignissen fest. So wurde in der zweiten Aprilhälfte vom Zentrum für soziologische Forschungen "Besonderer Status" eine Umfrage durchgeführt, um das Niveau der Informiertheit der Bevölkerung über die Minsker Vereinbarungen deutlich zu machen.

Die Daten ergaben folgendes: 66% der Einwohner der DVR kennen den Inhalt der Punkte der Minsker Vereinbarungen: 47,9% kennen ihren Inhalt in allgemeinen Zügen, 18,1% kennen der Inhalt der Vereinbarungen gut. Als am besten informiert erwiesen sich die Einwohner von Charzysk und Telmanowo: 33,5% bzw. 32% kannten den Inhalt der Vereinbarungen zwischen der LVR, der DVR und der Ukraine gut.

Die Variante "Ich habe davon gehört, aber kenne den Inhalt nicht" wählten 8,7% der Befragten. Dabei gab es in Amwrosiewja, Kirowskij und Starobeschewo keine Befragten, die dies angaben.

Nichts über die Minsker Vereinbarungen gehört haben 0,6% - insgesamt 17 Menschen. Die Wissenschaftler baten die Einwohner der DVR eine persönliche Bewertung der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen zu geben. Die Mehrheit der Befragten wählte die Antwortvariante "erzwungene, aber notwendige Entscheidung" - 37,2%. Unter den Einwohner von Tores stimmten 50% mit dieser Variante überein und unter den und unter den Einwohnern von Starowbeschewo 48%.

Die Variante "Die ist eine rein formale Entscheidung, ein Aufschub der unausweichlichen Fortsetzungen des Krieges" wurde von 32% der Befragten gewählt. Dabei gibt es in verschiedenen Ortschaften einen erheblichen Unterschied bei den Prozentzahlen: In Makejewka und Ilowajsk wählten die Variante "formale Entscheidung" 16,9% bzw. 17% der Befragten und ihn Schachtjorsk und im Amwrosiewka-Bezirk – 63% bzw. 58% der Befragten. Für eine richtige Entscheidung halten die Minsker Vereinbarungen 20,5% der Befragten. Die Befragten in Sneshnoje und Starobeschewo stehen dieser Variante näher: 33% bzw. 31%. Jüngere Befragte neigen zu einer positiveren Bewertung der Minsker Vereinbarungen als die ältere Generation.

Als falsche, unrichtige Entscheidung sehen 5,2% der Umfrageteilnehmer die Minsker Vereinbarungen. Das geringste Vertrauen in die Minsker Vereinbarungen ist innerhalb der Bevölkerung von Ilowaisk: 20% wählten diese Variante.

Die Umfrage fand in 12 Ortschaften der DVR statt, 3200 Personen wurden befragt.

De.sputniknews.com: Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat einen EU-Beitritt der Ukraine ausgeschlossen und den Ukraine-Kurs der deutschen Regierung klar skizziert.

Die inzwischen bereits begrabenen Hoffnungen Kiews entstanden während der "Maidan-Revolution", als Brüssel und Washington Dutzende Vertreter dorthin schickten, um die Ukraine vom russischen Einfluss zu befreien.

In den letzten Monaten 2013 und im Jahr 2014 machte Deutschland den Russland-Hassern in der Ukraine Hoffnung, in die EU-Familie aufgenommen zu werden. Steinmeiers jetzigen Äußerungen zu den EU-Aussichten der Ukraine klingen wie eine bittere Selbstkritik. Deutschland und die gesamte EU tragen die Verantwortung für die im August 2014 voreilig getroffene Entscheidung des ukrainischen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk, eine Änderung in der ukrainischen Gesetzgebung vorzunehmen und kein blockfreier Staat mehr zu sein, wie sich die Ukraine beim Zerfall der Sowjetunion positionierte.

Steinmeier machte deutlich, dass ein EU-Beitritt der Ukraine für "mehrere Generationen" kein

Thema sein wird. Die Ukraine müsse erst ihre Wirtschaft und Politik in Ordnung bringen Im September 2014 hatte der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko angekündigt, dass die Ukraine in fünf Jahren der EU beitrete. Damals schien der Ausgang des Bürgerkriegs im Donezbecken für Kiew günstig zu sein. Auf dieser Welle wurde die "Strategie-2020" präsentiert.

Laut Experten, darunter aus den USA, reichen die angepeilten 15 Milliarden Euro des IWF nicht aus, um die ukrainische Wirtschaft auf Vordermann zu bringen. Das Land benötigt weitere 40 bis 50 Milliarden US-Dollar. Doch wie sie zurückgezahlt werden sollen, sei unklar. Kiew hofft auf einen NATO-Beitritt, falls Europa sich von der Ukraine distanziert. Doch Steinmeier sieht das anders. Kiew könne den Status eines Partners, eines Nicht-Mitgliedstaates der NATO erhalten. Außer Polen und den baltischen Ländern wünscht kein Land in der EU einen schnellen Nato-Beitritt der Ukraine — einem Land, das die Rechte der Menschen im Donezbecken aberkennt.

Italien, Frankreich, Griechenland und Spanien übten mehrmals Kritik am innenpolitischen Chaos in der Ukraine. Morde an Oppositionellen, Festnahmen und Nazi-Gruppierungen sind ein Signal für Europa zur Vorsicht.

Das Treffen von US-Außenminister John Kerry mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Sotschi zeigte, dass es in den USA Menschen gibt, die die politische Lage in der Ukraine unter der jetzigen Regierung für einen Grund halten, gegenüber der Ukraine Zurückzuhaltung zu üben.

Giulietto Chiesa, Italienischer Journalist und ehemaliger EU-Abgeordneter



http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30244/91/302449102.jpg

Dan-news.info: Die Schüler der höheren Klassen von drei Donezker Schulen haben heute an einer weiteren Fernsehbrücke mit russischen und deutschen Altersgenossen teilgenommen, die die Bezeichnung "Kinderglück – Leben ohne Krieg" trägt.

In der Hauptstadt der DVR war der Ort für die Veranstaltung das Telezentrums der polytechnischen Universität, in Moskau eine der Schule, wohin außer den russischen Jugendlichen auch Gäste aus Deutschland kamen.

Im Gespräch nahmen dreizehn Schüler der Klassen 9-11 aus drei Donezker Schulen teil. Die Jugendlichen aus drei Ländern diskutierten die Probleme des Schutzes von Kindern, tauschten sich über Traditionen am letzten Schultag in ihren Schulen aus. Zum Schluss tauschten sie Kontakte im Internet aus und luden einander ein.

"Mir hat die Idee sehr gut gefallen eine Fernsehbrücke zwischen uns und Schülern aus anderen Ländern zu organisieren", sagte im Gespräch die Donezker Neuntklässlerin Katja. "So haben wir die Möglichkeit, uns nicht nur mit Gleichaltrigen in Donezk auszutauschen, sondern zu erfahren wie man in anderen Ländern lebt."